



# HESSISCHER LANDTAG

12. 04. 2016

Plenum

## Antrag

### der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**betreffend gemeinsamer Beschluss der Weser-Ministerkonferenz zum Bewirtschaftungsplan Salz - erstmals eine Basis für ein geschlossenes Vorgehen zur wirksamen Salzreduzierung in Werra und Weser**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt den Beschluss der in der Flussgebietsgemeinschaft Weser (FGG Weser) zuständigen Länderministerinnen und -minister über einen gemeinsamen Bewirtschaftungsplan zur Reduzierung der Salzbelastung in Werra und Weser. Der Landtag wertet es als einen besonderen Erfolg, dass sich die Länder der FGG Weser durch die Initiative der Hessischen Landesregierung auf ein gemeinsames Programm verständigen konnten und sie sich damit gemeinsam dem Ziel der Salzreduzierung unter Beachtung von Ökologie und Ökonomie widmen können.
2. Der Landtag ist zuversichtlich, dass mit dem "Bewirtschaftungsplan 2015 bis 2021 - Salz" ein flussgebietsweiter nachhaltiger Schutz für die genannten Gewässer erreicht und die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie eingehalten werden können. Das dazugehörige "Maßnahmenprogramm Salz 2015 bis 2021" gibt die entsprechenden Kriterien und Umsetzungsschritte vor, mit denen in der Weser ein guter ökologischer Gewässerzustand erreicht und in der Werra die Salzbelastung halbiert wird sowie Schäden in der Pflanzen- und Tierwelt vermieden werden.
3. Es bleibt weiterhin für den Landtag unbestritten, dass alle Maßnahmen, die zur Reduzierung der Salzbelastung in Werra und Weser führen, nach dem Verursacherprinzip vom Unternehmen Kali und Salz zu tragen sind. Das betrifft auch die Kosten für die drei zentralen Schritte, mit denen die Salzkonzentration deutlich reduziert werden soll: die Einrichtung einer Kainit-Kristallisations-Flotationsanlage, die komplette Abdeckung aller Halden und das Einstapeln von Rückständen unter Tage. Die finanziellen Investitionen in den Umweltschutz sind die unverzichtbare Voraussetzung für das Fortbestehen der Arbeitsplätze im osthessischen Kalibergbau. Zudem begrüßt der Landtag, dass die Versenkung von Salzlauge in den Untergrund spätestens im Jahr 2021 zum Schutz von Grund- und Trinkwasser endet werden soll. Dabei bittet der Landtag die Landesregierung um eine engmaschige Überwachung der Versenkung von Salzabwässern.
4. Der Landtag stellt zudem wiederholt fest, dass alle Anstrengungen für einen Ausgleich zwischen einer langfristigen Sicherung des Standortes und den Belangen des Umwelt- und Gewässerschutzes nur in enger Zusammenarbeit der Landesregierung und dem Unternehmen K+S funktionieren können. Er ist sich über die Herausforderungen für K+S und den Pilotcharakter einiger beschlossener Lösungsansätze zur Reduzierung der Salzbelastung bewusst.
5. Daher wird für die Umsetzungsphase die Einrichtung einer begleitenden Arbeitsgruppe aus Experten der Anrainerländer, Vertretern von K+S und Mitarbeitern der Geschäftsstelle der FGG Weser als positiv betrachtet. Diese soll die Umsetzung begleiten sowie Forschungsvorhaben unterstützen. Die Landesregierung wird gebeten, über dabei festgestellte Fortschritte oder eventuelle Problemauftritte zu berichten.

### Begründung:

Erfolgt mündlich.

Für die Fraktion  
der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Boddenberg**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Wagner (Taunus)**